

Bürgergespräch mit Landrat Udo Witschas am 17.04.2026 in Radibor (Region Heide und Teiche) - eine Zusammenfassung

Beim Bürgergespräch „Auf ein Wort“ von Landrat Udo Witschas am 16.04.2026 in der Gemeinde Radibor wurden Themen besprochen, die die Einwohnerinnen und Einwohner der Region „Heide und Teiche“ bewegen. Der Region sind Großdubrau, Königswartha, Malschwitz, Neschwitz, Puschwitz und Radibor zugeordnet. An der Veranstaltung im Landgasthof „Meja“ in Radibor nahmen rund 30 Gäste teil.

Das waren die Themen:

Straßenbau und Straßenzustand

Ein Bürger aus Brehmen (Großdubrau) schilderte, dass es im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 156 zu verschiedenen Problemen auf den Umleitungsstrecken kommt. Insbesondere die Kreisstraße K 7210 sei betroffen, da durch den zusätzlichen Verkehr und die Busse sowohl der Straßenzustand schlecht sei als auch die Bankette komplett kaputt seien. Nun passiere nichts mehr mit der kaputten Straße. Außerdem sei es ohne Sinn, für einen zu hoch liegenden Gulli die gesamte Straße höher zu legen. Da sollte man den Gulli tieferlegen.

Landrat Udo Witschas erläuterte, dass es sich beim Ausbau der B156 um eine Maßnahme des Freistaates handle, an der der Landkreis punktuell beteiligt sei. Beigeordnete Dr. Romy Reinisch ergänzte, dass bei solchen Maßnahmen stets im Vorfeld eine Bestandaufnahme des Straßenzustandes mit allen Beteiligten stattfinde und nach Abschluss auch eine Schadensabnahme. Sollten Schäden erkannt werden, dann sind diese durch dem Bauträger, in dem Falle den Freistaat zu beseitigen. Die angesprochenen Bankette werden noch einmal aktuell geprüft.

Landrat Witschas versprach dem Bürger zudem, sich wegen der Höherlegung der Straße beim zuständigen Landesamt zu erkundigen.

Gewässerunterhaltung

Ein Unternehmer aus der Gemeinde Neschwitz erkundigte sich, wie es mit der Gewässerunterhaltung 2. Ordnung weiter gehe. Ihm sei wichtig, dass ein gewisses Maß der Gewässerpflege erfolgt, insbesondere im Hinblick auf die Landwirtschaft und die Entwässerungssituation.

Landrat Witschas betonte, dass ihm das Thema schon aus seiner Zeit als Bürgermeister bekannt sei. Bei stärkerem Regen steige das Grundwasser, die Regenmenge kann nicht

ablaufen und teilweise funktionieren Biokläranlagen nicht mehr. Daher ist die Gewässerpflege wichtig. Der Landkreis stehe an der Seite der Städte und Gemeinden, aber es fehle überall an Geld für solche Aufgaben. Er wolle aber versuchen, sich gemeinsam mit den Bürgermeistern beim zuständigen Landesministerium für eine Unterstützung stark zu machen, denn Vernässungserscheinungen und nicht funktionierende Biokläranlagen seien ein untragbarer Zustand.

Steinbruch Pließkowitz

Eine Bürgerin aus Pließkowitz (Malschwitz) schilderte die jahrelang andauernden großen Probleme der Anwohner mit dem Steinbruch in Pließkowitz. Sie wollte wissen, wie sich das Landratsamt positionieren wird, wenn die zuständige Firma neue Flächen zur Nutzung beantragt. Aktuell läuft seit 2025 die Erhöhung der Halde, um Kippsand unterzubringen. Neben den schon vorhandenen Beeinträchtigungen durch Sprengungen und LKW-Verkehr käme nun noch die Staubbelastung hinzu, die sogar soweit geführt hat, dass die Kita-Kinder nicht mehr draußen spielen konnten. Nun müsste das Unternehmen einen Antrag auf Erweiterung beim Oberbergamt stellen, da der vorhandene Platz nicht reicht. Offen sei wie sich das Landratsamt hierzu positioniert. Beim Genehmigungsverfahren müsste dieses ja mit einbezogen werden. Darüber hinaus entstehe der Eindruck, dass sich das Unternehmen nicht an Regeln halten müsse. So werde etwa eine Straße nicht repariert, zu der das Unternehmen eigentlich verpflichtet worden sei.

Bürgermeister Seidel betonte dahingehend, dass es schön wäre, einen Ansprechpartner vor Ort zu haben und sich Unterstützung vom Landratsamt erhoffe, denn das Oberbergamt sei weit weg und entscheide aus der Ferne.

Landrat Witschas erklärte noch einmal, dass die grundsätzliche Zuständigkeit beim Oberbergamt liege und er hier kein Recht habe einzugreifen. Er bot aber an, dass Beigeordnete Dr. Romy Reinisch und der in ihrer Zuständigkeit befindliche Umweltbereich sich gemeinsam mit der Gemeinde alles nochmal ansehen wird und prüfen werde, wo das Landratsamt unterstützen könne. Ein Bürgermeister dürfe durch die Behörden nicht ignoriert werden.

Bushaltestellen, Lehrer und ein Lob

Eine Bürgerin aus Jetscheba ging es um die Haltestelle in Commerau. Diese habe im Vergleich zu Haltestellen in kleineren Orten kein Dach, sei aber höher frequentiert. Sie habe sich dazu schon an die Gemeinde gewendet, aber von dort nur erfahren, dass zeitnah wohl keine Änderung erfolgen wird.

Landrat Witschas erklärte, dass Städte und Gemeinden es nicht schaffen würden, an allen Haltepunkten eine Haltestelle mit Dach zu errichten. Er könne und wolle sich da auch nicht in die Prioritätensetzung vor Ort einmischen. Bürgermeister Hardy Glausch betonte, dass es in der Gemeinde Großdubrau 54 Haltestellen gäbe und auch nicht auf allen Flächen ein

Bushäuschen errichtet werden kann. Aber er wolle den Fall nochmal prüfen und mit der Bürgerin dazu sprechen.

Eine andere Bürgerin aus Radibor brachte ein ähnliches Problem mit der Bushaltestelle in Holscha bei Neschwitz mit. Die Bushaltestelle an der B 96, sei gefährlich, da die Kinder zu dieser an der B 96 entlanglaufen müssten, die viel befahren sei. Vielleicht ließe sich dort etwas entschärfen, in dem Falle sei der Landkreis gefragt. Beigeordnete Dr. Romy Reinisch versprach, sich das Ganze genauer anzusehen und nahm das Thema zur Prüfung mit.

Des Weiteren wünschte sich die Bürgerin, dass das Landratsamt noch mehr für die Region wirbt, um mehr Lehrer für den ländlichen Raum zu begeistern. In der Radiborer Schule werden teilweise schon Fächer wie Musik, Kunst oder Sport durch Eltern betreut, damit überhaupt ein gewisses Lernen in verschiedenen Bereichen stattfinden kann.

Landrat Witschas verwies hier auf den zuständigen Freistaat. Er wisse, dass das Kultusministerium mit allen Mitteln versuche, das Problem zu reduzieren. Direkt vor Ort gäbe es aber ein gemeinsames Bestreben mit den Bürgermeistern, mit Strukturmitteln in die Heimat zu investieren. „Wir können nur gute Rahmenbedingungen schaffen wie mit der Sanierung und dem Ausbau der Körse-Therme Kirschau oder des Hallenbades Kamenz und mit Investitionen in Schulen“, so Witschas. „Außerdem leben wir in einer Urlaubsregion, dafür müssen wir mehr werben, wir müssen uns nicht verstecken.“ Eine attraktive Region Sorge hoffentlich dafür, dass auch mehr Lehrer in die Region kommen.

Zuletzt hatte die Bürgerin noch Lob im Gepäck. Sie sei als Vereinsvorsitzende sehr dankbar, dass es Fördermöglichkeiten wie die über das Ehrenamtsbudget gäbe. Darüber habe der Verein schon vieles realisieren können und die Antragstellung wäre sehr unkompliziert. Hierfür gab es sogar Applaus in der Runde.

Udo Witschas ergänzte, dass der Landkreis dank der Fördermittel des Freistaates so ganz unkompliziert helfen könne. Außerdem gäbe es noch ein weiteres wichtiges Programm, nämlich das der „Lieblingsplätze“ zur barrierefreien Gestaltung von Zugängen oder Gebäuden. Er freue sich, dass diese Möglichkeiten gut angenommen werden.

Energiegenossenschaft Radibor

Ein Bürger aus Radibor erkundigte sich nach dem weiteren Werdegang beim Thema Energiegenossenschaft. Er sei Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft, die gegründet wurde, um das Nahwärmenetz in der Gemeinde auszubauen. Die Kommune will ebenfalls als Mitglied der Genossenschaft beitreten, allerdings gebe es seitens der Kommunalaufsicht wohl rechtliche Bedenken.

Bürgermeisterin Madeleine Rentsch ergänzte, dass sich viele Bürger der Gemeinde an das Nahwärmenetz anschließen wollen, eine Satzung der Genossenschaft gäbe es bereits, diese wurde geprüft, allerdings forderte die Rechtsaufsicht eine Reihe von

Unterlagen nach, die für eine Genehmigung eigentlich nicht nötig seien. Sie wünsche sich ein Gespräch zur Problematik.

Landrat Witschas bot an, einen gemeinsamen Termin mit der Gemeinde, der Genossenschaft und der Rechtsaufsicht zu vereinbaren, sobald die Stellungnahme der Gemeinde mit den nachgeforderten Unterlagen fertig ist.

Ärger über abgelehnten Integrationsbescheid und lange Dauer für Bauantrag

Eine Bürgerin aus Puschwitz schilderte ihr Problem mit dem Sozialamt. Ihr Kind habe eine Behinderung und für behinderte Kinder, die eine Kita mit Integrationsstatus besuchen, habe der Gesetzgeber festgelegt, dass diese Kinder nicht häufiger als 60 Tage im Jahr fehlen dürfen. Aufgrund von Therapien, Reha- und Krankenhausaufenthalten und Erkrankungen fehle ihr Kind aber leider häufiger. Daher habe sie einen Ausnahmeantrag gestellt, der vom Sozialamt abgelehnt wurde.

Landrat Witschas versprach, sich des Problems anzunehmen und den Fall nochmals prüfen zu lassen. Eine Antwort solle die Mutter in den nächsten 14 Tagen erhalten.

Ein Bürger ärgerte sich über die lange Bearbeitungszeit seines Bauantrages für ein Lagergrundstück. Mehr als zwei Jahre hätte es gedauert, bis der Antrag genehmigt worden wäre.

Die Beigeordnete erläuterte, dass es sich dabei um ein Grundstück im Außenbereich handle und ein solches Prüfverfahren daher länger dauere. Die Nachforderung von Unterlagen war nötig, aber es wurde gemeinsam die Möglichkeit zur Baugenehmigung gesucht und gefunden. Landrat Witschas ergänzte noch, dass üblicherweise eine solche Baugenehmigung im Außenbereich nicht ohne weiteres möglich sei und daher umfangreicher geprüft werden müsse, um rechtssicher zu sein.

Atommüllendlager versus Deutsches Zentrum für Astrophysik

Ein Bürger aus Königswartha wollte wissen, ob das Atommüllendlager nun in die Lausitz käme. Davon hätte er in Medienberichten gehört.

Landrat Udo Witschas erklärte, dass er die Kommunikation zur Eignung der Bautzener Region für ein solches Endlager sehr kritisch sehe. Mit dem Deutschen Zentrum für Astrophysik sei eine Milliarden-Investition am Start, die ein Endlager aus geologischen Gründen ausschließe. Die Fachbehörden würden diesen Aspekt bei ihren fachlichen Prüfungen und der anschließenden Kommunikation dazu nicht erwähnen. Das habe er schriftlich gegenüber dem Freistaat kritisiert.

Das zweite Problem des Bürgers betraf ein Silo im Bereich Königswartha. Der Fall war der Beigeordneten Dr. Romy Reinsch bereits bekannt und sie wird innerhalb der nächsten 4 Wochen dazu nochmal zu einem Vor-Ort-Termin nach Königswartha kommen.

Fliegenplage

Eine Bürgerin aus Droben brachte ein bekanntes und immer noch nicht gelöstes Thema mit: die jährliche Fliegenplage in der Region um Milkel, Droben und Radibor.

Bürgermeisterin Madeleine Rentsch erklärte, dass es bereits verschiedene Gutachten, Prüfungen und Erhebungen gegeben habe, auch gemeinsam mit den Bürgern. Im Ergebnis ist immer noch nicht klar, welche Ursache die Fliegenplage habe. Weder der Rinderstall noch die Anlage in Droben konnten als Verursacher ermittelt werden. Mittlerweile wisse man nicht mehr, wo man ansetzen könne, um der Lage Herr zu werden. Eine Zusammenarbeit mit einer Universität zu diesem Thema sei noch nicht geglückt.

Beigeordnete Dr. Romy Reinisch ergänzte, dass tatsächlich bei den Erhebungen festgestellt wurde, dass in der Anlage in Droben und in den geprüften Privathaushalten andere Fliegenarten aufgetreten waren. Das überproportionale Auftreten in Privathaushalten sei allerdings auch aus Sicht der beauftragten Gutachterin nicht normal. Es müsse also noch andere Populationsfelder geben.

Landrat Witschas betonte, dass der Zustand so nicht bleiben könne und machte den Vorschlag über den Umweltbereich des Landratsamtes mit der Uni in Kontakt zu treten. Vielleicht findet sich jemand, der im Rahmen einer Studie das Problem noch einmal tiefer gehend prüfen wolle.

Fazit

Zum Abschluss bedankte sich der Landrat bei allen anwesenden Bürgermeistern für die Unterstützung und bei den Gästen für ihr Interesse. „Das große Interesse zeigt mir, dass es gut ist, ins Gespräch zu kommen und macht mir Hoffnung“, so Landrat Udo Witschas. Denn nur wer miteinander redet, kann gemeinsam zu Lösungen kommen. Daher danke ich allen für ihre Offenheit und den angenehmen Abend.“

Impressum

Diese Information wurde erstellt durch das Büro des Landrates.

Postanschrift: Landratsamt Bautzen, Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen

Telefon: 03591 5251-80100

landrat@lra-bautzen.de

<https://www.landkreis-bautzen.de/landratsamt/organisation/buero-des-landrates>